

## Schlußbetrachtung

Ist es denkbar, daß die so lange andauernde Kontroverse um Deutschlands „vermißte Million“ vermieden worden wäre, wenn die Vereinigten Staaten und Großbritannien im Jahre 1945 auf die Kapitulation der deutschen Wehrmacht anders reagiert hätten? Was wäre etwa gewesen, wenn sie der übrigen Welt eröffnet hätten, daß sie zwar nicht in der Lage seien, deutschen Kriegsgefangenen in so ungeheurer Zahl die Genfer Garantien zu gewähren, daß sie aber jede Anstrengung machen würden, die Gefangenen anständig zu behandeln<sup>1</sup>? Es ist sehr zweifelhaft, daß solche Bekundungen wirklich etwas bedeutet hätten, denn noch so viele öffentliche Erklärungen wären ohne jeden Einfluß auf die Behandlung geblieben, die den Gefangenen in den Rheinwiesenlagern tatsächlich zuteil wurde. Dafür waren andere Umstände ausschlaggebend. Der durchschnittliche amerikanische Frontsoldat hatte wenig Sinn für die Rechtsprinzipien, um die es hier ging. Seine Haltung gegenüber dem individuellen Kriegsgefangenen war von seiner Kriegserfahrung bestimmt und auch von der Propaganda, die 1945, nachdem die deutschen Verbrechen in den befreiten Konzentrationslagern weiteste Aufmerksamkeit gefunden hatten, besonders stark wirkte.

Die meisten Regeln, die für die Behandlung von Kriegsgefangenen Geltung hatten, waren relativ neu. Sie waren Produkte der militärischen Konflikte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und des Ersten Weltkriegs. Dabei gab es stets das Problem, daß Kriegsregeln, die Gefangene betrafen, immer erst nachträglich entwickelt wurden. So begann jeder neue Krieg mit Verhaltensweisen, die aus der Vergangenheit abgeleitet waren und auf eine ganz andere, unvorhergesehene Situation nicht mehr recht zutrafen. So waren zum Beispiel auch die frühen, in den Haager Konventionen von 1899 und 1907 niedergelegten Regeln für die Behandlung von Kriegsgefangenen den Realitäten des Ersten Weltkriegs nicht mehr angemessen. In ähnlicher Weise waren die nach 1918 vorgenommenen und in die Genfer Konvention von 1929 eingefügten Revisionen der späteren Situation inadäquat, die Großbritannien und die Vereinigten Staaten 1945 veranlaßte, Kriegsgefangene als *Disarmed Enemy Forces* bzw. *Surrendered Enemy Personnel* zu klassifizieren.

Stärksten Einfluß auf die Behandlung, die den deutschen Kriegsgefangenen nach dem Zweiten Weltkrieg zuteil wurde, hatte die Tatsache, daß es keine deutsche Regierung

<sup>1</sup> Ein Autor vertrat die Meinung, daß die Veränderung des Status der Kriegsgefangenen einen üblen Präzedenzfall bedeutete: Wilhelm, *Can the Status for Prisoners of War Be Altered?*, S. 8. Im übrigen gibt es einen kuriosen Unterschied, vergleicht man den Fall der deutschen Kriegsgefangenen mit dem der japanischen. Nachdem die Vereinigten Staaten japanische Gefangene zu DEF erklärt hatten, stellte ein ICRC-Bericht fest, daß die Japaner dies vorzogen, weil es ihnen half, dem Stigma des Kriegsgefangenen zu entgehen, und weil es ihnen erlaubte, unter dem Kommando ihrer eigenen Offiziere zu bleiben.

gab, die sich zum Anwalt ihrer Interessen hätte machen können. Das nahm den Gefangenen jeden Schutz, und da die Alliierten auf Grund ihres militärischen Sieges die totale Kontrolle über den ehemaligen NS-Staat übernahmen, existierte für die Schutzlosen keine Instanz, an die sich sie hätten wenden können. Die einzigen, die ihre Stimmen für die Rechte der Gefangenen zu erheben vermochten, waren die Regierungen der deutschen Länder, doch mußten diese Stimmen unter den Gesetzen und Bedingungen der Besatzungsherrschaft zunächst schwach und unwirksam bleiben. Hier stellte sich eine Aufgabe, die nur von einer größeren Einrichtung wie dem Länderrat angegangen werden konnte. Der Länderrat und sein Ausschuß für Kriegsgefangenenfragen waren es, die sich der Sache der Gefangenen annahmen und die Suche nach Antworten auf die in diesem Zusammenhang wichtigsten Fragen aufnahmen.

Indes wären in den ersten Nachkriegsjahren die deutschen Bemühungen nicht so erfolgreich gewesen, wie sie es dann tatsächlich waren, hätten sie nicht, freilich erst nach einer gewissen Verzögerung, die Unterstützung der Vereinigten Staaten gefunden. Nicht alle Siegermächte räumten in ihrer Besatzungspolitik dem Problem der Kriegsgefangenen hohe Priorität ein. Kriegsgefangene bedeuteten Arbeitskräfte, zwar nur temporär, aber gerade in der kurzen Zeitspanne nach dem Krieg wurden sie dringend benötigt; für ein bis zwei Jahre konnten sie auch in zivile Vertragsarbeiter verwandelt werden. Die Vereinigten Staaten waren die ersten, die deutsche Gefangene in großem Umfang entließen, doch muß gerechterweise gesagt werden, daß sie dazu wirtschaftlich auch besser in der Lage waren als andere Länder. Von Kriegsschäden völlig verschont geblieben, hatten die Vereinigten Staaten keinen Bedarf an ausländischen Arbeitskräften für den Wiederaufbau, wie das bei England, Frankreich und der Sowjetunion der Fall war. Auch wandten sich die amerikanischen Gewerkschaften energisch gegen die Beschäftigung konkurrierender Arbeitskräfte. Was aber die Amerikaner wirklich dazu bewegte, den Deutschen bei der Lokalisierung und Entlassung ihrer in Gefangenschaft geratenen Männer zu helfen, war der Beginn des Kalten Krieges. In der Rolle des Anwalts der Menschenrechte führten die Vereinigten Staaten eine der gewaltigsten Propagandakampagnen im Krieg der Worte und Ideen mit der Sowjetunion, und die Frage der deutschen Kriegsgefangenen lieferte dafür vortreffliche Munition.

Als die Debatten darüber eskalierten, machten die Amerikaner eine peinliche Entdeckung. Wollten sie die Sowjetunion als jene Gewahrsamsmacht brandmarken, die länger als alle anderen Siegerstaaten deutsche Kriegsgefangene schlecht behandelte und in ihren Lagern festhielt, so brauchten sie überzeugendes Material, um zu beweisen, daß eine Million deutsche Soldaten nicht im Westen umgekommen war. Aber auf Grund mangelnder Voraussicht und demzufolge ungenügender Vorbereitung auf die Gefangennahme von Millionen Soldaten sowie auf Grund unentschuldigbarer Schlamperei bei der Registrierung der Gefangenen erwiesen sich die amerikanischen Quellen als völlig unzuverlässig. Statt Belastungsmaterialien gegen die Sowjetunion zu finden, bekamen die Statistiker Alpträume.

Dabei ist festzuhalten, daß die Mängel bei der Zählung der deutschen Kriegsgefangenen der Gleichgültigkeit zuzuschreiben sind, die von den Spitzen der amerikanischen Armee diesen Problemen gegenüber an den Tag gelegt wurde. Wären rechtzeitig Regeln

für die Behandlung von Kriegsgefangenen aufgestellt und den amerikanischen Heerführern und Soldaten eingeschränkt worden, hätten die Resultate anders ausgesehen als die Wirklichkeit von 1945; dabei wäre es völlig gleichgültig gewesen, welche Statusbezeichnung man den Gefangenen gegeben hätte. Insgesamt spiegelt das Verhalten der Soldaten auf unterer Ebene lediglich das Denken in den Führungsstäben wider.

Natürlich ließ es sich im Frühjahr 1945 niemand träumen, daß ein paar Jahre später das Geschick von mehr als einer Million vermißter deutscher Soldaten Anlaß zu Fragen oder zu Besorgnis sein würde. Nachlässigkeiten beim Zählen schienen gänzlich unwichtig. Einmal begonnen, mußte sich die Praxis freilich als kaum noch korrigierbar erweisen. Tatsächlich hat sich das amerikanische Material als unkorrigierbar erwiesen, und wäre es die einzige Quelle für die Rekonstruktion des Geschicks der im Westen in Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten geblieben, so wäre über dieses Geschick wohl nie volle Klarheit zu gewinnen gewesen. Es ist allein der gründlichen und beharrlichen Arbeit der westdeutschen Suchdienste zu danken, daß heute zweifelsfrei gezeigt werden kann: Die „vermißte Million“ ist im Osten verschwunden und nicht im Westen.

Da der Ausschuß für Kriegsgefangenenfragen und die seit 1947 durchgeführten Registrierungsaktionen weiteste Publizität in der deutschen Presse erhalten haben – wie auch der Besuch Bundeskanzler Adenauers in Moskau im Jahre 1955<sup>2</sup> –, ist nicht leicht zu verstehen, daß es über das Schicksal der „vermißten Million“ noch weiterhin Ungewißheit geben konnte. Ebenso rätselhaft ist es, daß in umfangreichen späteren Forschungen – einschließlich derer der Maschke-Gruppe – die Arbeit von Frau Dr. Bitter und ihrem Ausschuß ebenso ignoriert wurde wie die Signifikanz der Registrierungen. Dies als unvermeidlich abzutun, weil ein beträchtlicher Teil jenes Materials der frühen Forschung nicht zugänglich gewesen sei, heißt zu ignorieren, daß das führende Personal des Ausschusses, wie Frau Dr. Bitter selbst, und Angehörige der Suchdienste noch lange in den neuen Ämtern der Regierung Adenauer aktiv waren.

Eine weitere wichtige Quelle stellten die Archive der Städte entlang des Rheins dar, in deren Nähe sich Gefangenenlager befunden hatten. Deren Verwaltungen trugen umfangreiches Material zusammen, das ein gutes Bild von der Behandlung der Gefangenen wie auch von den Todesraten vermittelte<sup>3</sup>. Hier fanden viele der Aussagen

<sup>2</sup> Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe, Band 1, 5. Mai bis 31. Dezember 1955, Frankfurt a. M. 1961, S. 305ff.

<sup>3</sup> Thomas/Hofmeister, Wickrathberg. Beide Autoren waren Gefangene in den Rheinlagern gewesen und schrieben ihre Erlebnisse nieder, als diese noch frisch in ihrem Gedächtnis waren. Die harten Entbehrungen, unter denen sie und ihre Kameraden zu leiden hatten, werden ohne anklagende Töne und ohne offensichtliche Werbung um die Sympathie der Leser geschildert. Bei der Beschreibung der Bewachung des Lagers berichteten sie die Praxis mancher amerikanischer Posten, gelegentlich Schüsse über das Lager abzugeben und so vor vermeintlich geplanten Ausbruchsversuchen abzuschrecken, doch sagen sie andererseits auch, daß es im Schutz der Dunkelheit relativ leicht war, unter dem Stacheldraht durchzukriechen, wenn jemand flüchten wollte. Als sie nach fünf Jahren die Stätte des Lagers wieder besuchten, besichtigten sie den Friedhof: „Am Rande des ehemaligen Lagergebietes liegt ein kleiner Friedhof mit etwa 200 Soldatengräbern. Hinter den niedrigen Hügeln (...) stehen kleine, schlichte Holzkreuze mit den Namen der im Lager Verstorbenen“ (S. 15, 44).

ehemaliger Gefangener, sie seien von ihren amerikanischen Wärtern sehr schlecht behandelt worden, Bestätigung, während andererseits die in Gerüchten hochgeschraubte Zahl der Todesfälle gleich um Hunderttausende reduziert wurde.

Das Handeln jener Amerikaner, die in den Rheinlagern für den Hunger und die schlechte Behandlung der Gefangenen verantwortlich waren, ist keineswegs mit dem Argument zu erklären, das sei eine Folge des Krieges gewesen. Denn nicht alle deutschen Soldaten mußten leiden, die in amerikanische Gefangenschaft gerieten. Es war ein Kriegsverbrechen und sollte als solches in den Annalen festgehalten werden, doch darf die Schuld nicht allein den amerikanischen Soldaten vor Ort aufgebürdet werden, denn ihre Kommandeure und die Vertreter der Regierung, die nicht für Abhilfe sorgten, sind durchaus mitschuldig. Hingegen war die Entscheidung, die Gefangenen in den Rheinlagern als DEF zu klassifizieren, ohne jeden Einfluß auf ihr Schicksal; annähernd zwei Drittel aller gefangengenommenen deutschen Soldaten bekamen diesen Status oktroyiert, ohne daß viele Fälle schlechter Behandlung bekannt geworden wären. Die Vorgänge in den Rheinwiesenlagern müssen mithin als Abweichung von der Regel angesehen werden. Das macht das Verbrechen nicht weniger schwerwiegend, rückt es aber in eine Perspektive, die keinen Vergleich mit dem Geschick der deutschen Kriegsgefangenen erlaubt, die in sowjetische Hand fielen.

Da wir nicht über umfassende Befragungsergebnisse verfügen, können wir nur darüber spekulieren, warum ein Teil der deutschen Bevölkerung so schnell bereit war, die Behauptung, die Vereinigten Staaten von Amerika seien für den Hungertod von einer Million deutscher Soldaten im Jahre 1945 verantwortlich, als Aufdeckung eines lange gehüteten Geheimnisses zu empfinden<sup>4</sup>. Tatsache ist, daß für jeden, der es wissen wollte und der gewillt war, Nachforschungen anzustellen, die annähernde Zahl der Todesopfer in den Rheinlagern kein Geheimnis war. Die Untersuchungen der betroffenen rheinischen Städte hatten die offiziellen amerikanischen Zahlen längst nach oben korrigiert.

Geht man der Frage nach, was der „vermißten Million“ deutscher Soldaten wirklich widerfahren ist, lassen sich einige fundamentale Feststellungen treffen, die jeden Zweifel über ihr Geschick zerstreuen:

1. Zwar ist als wahr anzuerkennen, daß in den Rheinwiesenlagern zwischen 8000 und 40000 (niederste und höchste Schätzung) deutsche Kriegsgefangene umgekommen sind, doch ist es gänzlich ausgeschlossen, daß dort eine Million Männer gestorben sein könnten, ohne die geringste Spur zu hinterlassen. Im Zuge der umfangreichen Bauarbeiten und Grabungen, die in den letzten vier Jahrzehnten entlang des Rheins stattgefunden haben, sind keine Massengräber entdeckt worden. Wohl haben wir Augenzeugenberichte ehemaliger Kriegsgefangener, die gesehen haben, wie Kameraden – in jeweils geringer Zahl – aus den Lagern geschafft wurden, um draußen irgendwo verscharrt zu werden, aber bis zum heutigen Tage ist niemand aufgetaucht, der bezeugt hätte, die Beseitigung von Hunderttausenden toter Gefangener beobachtet zu haben. In den Friedhöfen der Ortschaften am Rhein gibt es in der Tat Gräber, die als die letzte

<sup>4</sup> Bacque, Der geplante Tod.

Ruhestätte verstorbener Kriegsgefangener aus den nahegelegenen Lagern identifiziert wurden, doch jeweils nur einige hundert.

Wären die Leichen anderwohin transportiert worden, hätte dies unmöglich geheim bleiben können. Hunderte von Fahrzeugen und Arbeitern wären notwendig gewesen, um eine große Anzahl von Leichen fortzuschaffen, und die deutschen Einwohner der Region hätten davon etwas bemerken müssen. Dieser Punkt ist für jede vernünftige Erörterung des Verbleibs der „vermißten Million“ von zentraler Bedeutung: Wenn so viel Männer starben, wo sind ihre sterblichen Überreste? Kann ein solches Beweismaterial nicht gefunden werden, dann ist am Rhein auch keine Million Soldaten umgekommen.

2. Die gründliche Arbeit der diversen deutschen Suchdienste führte, wenn es um vermißte Soldaten ging, die zuletzt im Westen gewesen waren, in nahezu allen Fällen zur Identifizierung. Die Frauen und nächsten Angehörigen dieser Soldaten erhielten schließlich eine Mitteilung: entweder daß ihr Mann oder Sohn überlebt hatte und in einem Gefangenenlager saß oder aber daß er, laut der WAs-Akten und anderen Unterlagen, gefallen war. Die Million Vermißter ist im Westen nicht zu ermitteln.

3. Durch die ausgezeichnete Arbeit des Länderrats und des Zonenbeirats sowie ihrer Ausschüsse für Kriegsgefangenenfragen, die wiederum aufs engste mit dem Internationalen Roten Kreuz, dem YMCA und den Suchdiensten kooperierten, konnte schon früh festgestellt werden, daß die überwältigende Mehrheit der vermißten Wehrmachtangehörigen im Osten verschwunden war; sie war dort entweder gefallen oder nach Kriegsende in sowjetischen Lagern umgekommen. Diese Feststellung ist nicht vor schnell getroffen worden, sondern sie ist das Ergebnis intensiver Bemühungen, die am Ende auch mit amerikanischer und britischer Hilfe zur Sammlung und Auswertung einer ungeheuren Quantität von Interviews, Berichten und sonstigen Materialien führten. Einen großen Fortschritt brachten die Resultate der Registrierungsaktionen von 1947 und 1948. Daraus ergab sich ein klares Bild des Geschicks jener deutschen Soldaten, die im Westen in Gefangenschaft geraten waren. Wenn danach auch nicht mehr bestritten werden konnte, daß die Truppen und die Regierungen der Westmächte in bestimmten Fällen gegen die Genfer Konvention verstoßen hatten, so war doch kein Zweifel über den Verbleib der Gefangenen geblieben. Der Prozeß der Eliminierung ergab unzweideutig: Die Antwort lag im Osten. Die Anstrengungen konzentrierten sich denn auch bald nicht mehr auf die Frage, wo die Million vermißter Soldaten verschwunden war, sondern darauf, eine offenere sowjetische Informationspolitik zu erreichen, die bei der Identifizierung der Vermißten und bei der Ermittlung von Einzelheiten, z. B. der Lage von Gräbern, helfen sollte. Schließlich wurde – ohne sowjetische Hilfe – eine Liste zusammengestellt, welche die Namen von mehr als einer Million Soldaten enthält, die als vermißt registriert werden mußten und die zuletzt im Osten eingesetzt waren. Dies stellt – zusammen mit den Tausenden und Abertausenden von Heimkehrer-Berichten – einen Beweis dar, der sich jedem Zweifel entzieht<sup>5</sup>.

<sup>5</sup> Als Folge der Auflösung der Sowjetunion dürfte es wahrscheinlich sein, daß zu dieser Frage in absehbarer Zukunft neue Quellen und Informationen zugänglich werden.